

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Telegraf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postgeschäftsort: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 304.

Mittwoch, 31. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsversteuerungen, Erhöhung der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorne zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 cm breite, 3 cm hohe Wandschilder-Zeile (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; die 30 cm breite Wandschilder 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Sach 50% Aufschlag. Keine Tarife. Vermüthlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Aufzugsgeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeiträge — hat der Bezieher bezahlt an den Elber — Im Falle höherer Gewalt — Acht über sonstiger irgendwelcher Ertüngungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Geförderteinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Weiterleitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verlagsort und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Umgeleitete: Wilhelm Wittich, Riesa.

Jahreswende. Außenpolitischer Rückblick und Ausblick.

Deutschlands innere Sorgen sind noch immer so groß, als dass eine ausgiebige Verbesserung mit den Fragen der großen europäischen Politik für weitere Kreise aus der sogenannten gebildeten Schichten in Frage käme. Bleiwohl die wirtschaftspolitischen Konsequenzen der deutschen Unterdrückten unter dem Versailler Vertrag, dem Vondom Abkommen und den vielfältigen Ergänzung- und Zusatzverträgen und schließlich den Abmachungen auf Grund des Dawes-Gutachtens das ständige Ziel und der zwischen Deutschland und den Siegerstaaten und den von diesen geschaffenen Verbündeten mit sich bringt und die Regelung der europäischen Weltpolitik ohne Deutschlands Mitwirkung auch nach Erkenntnis arduiter Deutlichkeit nicht möglich ist, bleibt doch das Interesse an den Zusammenhängen der einzelnen Ereignisse der europäischen Politik und ihrer Verfestigung unverzweigbar noch außerordentlich gering. Es ist bedauerlich, dass auch die öffentliche Meinung, die sich ja in den Presse verfügt, allen diesen Vorgängen nicht mit der Ausführlichkeit nachgehen kann, die sie eigentlich verdient, weil ja die noch verbürtigungsmaßige Neulösung dieser deutschen Außenpolitik mit ihrer Vergangenheit und Überprüfung der Fragen etwas feiner Raum lassen. Wie sind es ja leider noch vom Kriege her gewohnt, in der damals zwangsläufigen Isolation zu verharren, ein Vorgang, der für die deutsche Entwicklung in außenpolitischem Sinne durchaus keine Bedeutung hat. So dürfte es sich denn wenigstens im Augenblick der Jahreswende verloren, kurz einen Rückblick an tun auf die hervorwiegenden Ereignisse der europäischen Politik und das Bild kurz zu zeichnen, das gewissermaßen als Fazit ihrer gesamten Vorgänge übrigbleibt.

Aus den Ereignissen des Jahres 1924, das ja für Deutschland in jedem Falle trotz aller wirtschaftlichen Nöte einen Nutzen und ein Weiterstreben auf dem Wege der inneren Festigung bedeutet, heben sich als besonders bedeutsam zwei Vorgänge hervor, die gleichzeitig auch eine Art Formel für die heutigen Ausschauungen von der Durchführung und Handhabung politischer Ideen derselben: Die Gentler Versammlung des Böllerbandes im Hochsommer und die in nebligen Novembertagen vollzogene Wahl in England. Waren doch die in der schönen Stadt der Schweiz von allen Herren Länder bestellten und geführten Verhandlungen letzten Endes die große Katastrope der Böllerbandeideen und jener zahlreichen Befriedungs- und Verhandlungsschwierigkeiten, eine Katastrope, die sich in dem innigen und herzlichen Beleidigen Macdonalds und des französischen Ministerpräsidenten Herrist als gelungen verklärt, eine Katastrope, die allerdings das äußerlich sensationelle Ereignis so stark zur Schau trug, die aber doch ihre Wirkung in Europa und auch in der Welt nicht verlor. Zugleich bedeutete die Versammlung in Gent auch eine Art Katastrope der Entente und der in ihr herrschenden Potenzen. Nur zu bald nach diesem aläunigen Schauspiel gelang es so, dass in England die Vertreter der anderen, und zwar der machtpolitischen Weltanschauung doch noch in härterer Zahl vorhanden waren, als man es damals in den Gentler Tagen vielleicht gedacht hat. Der Sieg der englischen Konservativen in den Novembertagen und die Ablösung des Arbeitersführers Macdonald durch Lord Baldwin ist, mag man zu den Gedanken des Böllerbandes holen, wie man will, schließlich doch eine Niederlage der Vertreter dieser Idee.

Der Kurswechsel in England wird für die innere Struktur des eigentlich jahrzehntig überalterten Entente sicherlich neue und andersartige Kraftlinien geben wollen. Ob das Gebilde dieser Entente, das ja schon vor dem abgelaufenen Jahre vielschach und hörbar in seinen Grundzügen gebracht hat, beständigen Experimenten gewachsen sein wird, das dürfte die große Frage des Jahres 1925 sein. Nimmt doch das neue Jahr aus dem alten gerade bezüglich des politischen Verhältnisses Frankreich—England eine große Zahl ungelöster politischer Probleme hinzu. Wissen doch die orientalischen Länder ein vielseitiges Spiel von den englisch-französischen Gegensätzen, die in ihren Staatslövern zutage treten, zu erzählen. Besonders in der heutigen, nunmehr vollständig neuen Türkei, tritt diese Rivalität zwischen England und Frankreich dauernd zutage. Mafusfrage und Krisis in Ägypten, sie kennzeichnen vor allem die ungelösten Probleme der Orientpolitik Frankreichs und Englands, dieser ja viele Jahrzehnte lang betrieben Orientpolitik, in der nun aber als vollständig neuer Faktor eine moderne Türkei, eine innerlich gesetzte und zur politischen Initiative gesetzte Türkei tritt. Hat doch überhaupt das Evangelium der Böllerbandtheorie vom freien Selbstbestimmungsrecht der Völker gerade in den orientalischen Ländern als Prometheusschadel gewirkt und Bewegungen entzündet, die in abschätziger Zeit ihr Verhältnis zu den Staaten des alten Europas von Grund auf ändern dürften.

Auch das Problem Rusland ist eine Frage, der die gezeugten Ententepolitiker noch nicht zu Leibe gehen können. Die Sphinx im Osten kostet noch immer in ihrer rätselhaften Haltung und hat sich dem weiten Europa bisher kaum entzweit. Sowjetrußlands Ziele liegen vorerst im Osten, im fernen Osten. Rusland ist ebenso wie der Orient eine ungelöste Formel, die aus der politischen Rednung des alten Jahres in das neue hinzüber genommen werden muss. Da auch nach dem Werk von Ruslands Initiative sich vorbereitet hat, hat die Revolution in England ergeben, wo sich der schnell zu Boden geschlagene Staatsstreich in überwältigender Form als ein sehr ausgeschlagenes Attentat der Sowjets gegen die ethnische Souveränität heraufgestellt hat. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses bemüht man sich nun, innerhalb der Rundstaaten einen Befestigungsbogen gegen das bolschewistische Rusland zu schaffen, der auch Polen einbeziehen will und der dann vielleicht in der Lage sein

wird, die noch immer bestehenden starken Differenzen dieses Staates mit Russen zu beseitigen. Ob dieser Block bei einem etwaigen Antritt der bolschewistischen Massen-Sowjetrepublik und jenen östlichen Hinterländern halten könnte, wird fraglich beurteilt werden müssen. Das entwaffnete Deutschland tritt in diesem Zusammenhang als ganz besonders schwerer Nachteil in den politischen Kombinationen der Ententemächte hervor.

Hat sich im Verhältnis zwischen England und Frankreich doch immer noch die Entente cordiale auch hinzugetragen, um allgemeinen Frieden erhalten können, so ist das Abkommen des dritten Vertreibers im Rat der ehemaligen „großen vier“, Italiens, durchaus seufzend. Hat doch gerade Italien im letzten Jahre schwere innerpolitische Auseinandersetzungen gehabt, die sein Interesse an den großen europäischen Fragen minderten. Andererseits aber hat Frankreich durchdringendes politisches Empfinden sicherlich schon längst erkannt, wie Italiens Interessen mehr oder minder in das Schlepptau der englisch-französischen Belange genommen. Es ist klar, dass er im kommenden Jahre, nachdem die Krise des Haifeldes an seinen Gunsten und demnach zur Stärkung seiner inneren Macht bereit worden ist, mit neuen außenpolitischen Forderungen vor das Forum Europa treten wird. Es doch auch Italien einer der vielen Teilnehmer an der orientalischen Kriege. Vielleicht wird die Förmung des Konflikts in Marokko, der ja mit dem Zurücktreten der spanischen Macht in Nordafrika endet hat, es auf den Plan rufen. Spaniens Stellung hat durch die Niederlage in Marokko sicherlich starke Einbußen erlitten, was ja auch die erschütterte Stellung des bisher unumstritten regierenden Diktators, des Generals Primo de Rivera, beweist.

Sonst werden die Staaten Europas mit groben politischen Problemen nicht beschwert. Lediglich die wirtschaftlichen Sorgen als Produkt des Krieges und als Folge der unglaublichen politischen Konstruktionen der verschiedenen Friedensverträge macht hier überall geltend. Diese Erkenntnis erkennt ja nicht nur auf das Gewimmel der östlichen Staaten und der östlich-ungarischen Nachfolgestaaten, sondern auch vom Kriege zu nahezu unberührte Staaten wie die standesamtlichen Länder und Holland werden davon beeinflusst. Das Problem der Abrüstung, das gerade in den teilgenannten Staaten vielfach diskutiert wird, hat seinen Grund nicht nur in der Erkenntnis, dass es vielfach eine Unmöglichkeit in den waffenstarken Mächten der großen Entente seine Neutralität aufrecht zu erhalten, sondern auch gerade darin, dass sich aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht mehr rechtfertigen lassen. Dieser wirtschaftliche Druck macht sich natürlich auch bei den Siegerstaaten lebhaft fühlbar und bereitet namentlich den Herrschäften an der Seine, erwacht der Krone jetzt wieder einmal stabilität in, lebhafte Sorge. Die wirtschaftliche Auseinandersetzung Franklands bleibt, das lässt sich nicht verdecken, leben. Endes der zweiten Nachkriegszeit im Titat der Entente, ein Nachteil, von dem man allerdings bei der ganzen gegenwärtigen Einstellung der Entente zu Deutschland kaum reden kann, dass er schon im kommenden Jahre eine Korrektur, geschweige denn seine völlige Beseitigung erfahren wird.

Die Regierungsfrage wieder auf.

Berlin, 31. Dezember 1924.
Reichskanzler Dr. Marx, der wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, wird nunmehr von dem Reichspräsidenten übermäßig beansprucht und will, die Bildung des neuen Kabinetts selbst zu übernehmen. Gegenwärtig sind bereits sehr bestimmte laufende Mittelungen im Umlauf, wonach Dr. Marx noch Ende dieser Woche mit der Regierungsbildung beauftragt werden soll. Sollten diese Mittelungen zutreffen, so würde es in der Hannoversche wohl darauf ankommen, dass Dr. Marx abermals mit den deutschnationalen Führern in Verhandlungen eintrete, um die bisherige Regierung durch deutsch-nationale Minister zu ergänzen. Ein nach rechts erweitertes Kabinett Marx würde jedoch nicht als Regierung der Masse zu gelten haben, da die Demokraten sich in diesem Falle nicht an der Koalition beteiligen würden. Augenblicklich ist es jedoch verfrüht, irgendwelche Voraussetzungen zu machen, da die letzte Entscheidung bei den Reichstagstraktationen liegt, die am Sonnabend vollständig in Berlin versammelt sein werden. Eine grundsätzliche Entscheidung ist jedoch keinesfalls vor Montag der kommenden Woche zu erwarten.

Sollte sich Dr. Marx bereit erklären, einen offiziellen Auftrag des Reichskabinetts zur Regierungsbildung anzunehmen, so wird er nach Auffassung der maßgebenden parlamentarischen Kreise darauf angewiesen sein, im engsten Einvernehmen mit dem Außenminister Dr. Stresemann vorgezogen. Einigermaßen auffallend ist der Umstand, dass bis jetzt noch keiner der führenden politischen Blätter Verhandlung angenommen hat, zu der Regierungsbildung weiterhin Stellung zu nehmen. Das Zeitungsbüro, die „Germania“, verhält sich ebenso zurückhaltend wie die volksparteiliche „Zeitung“, die ihr Augenmerk auf die gegenwärtige außenpolitische Situation richtet. Auch im Lager der Deutschnationalen bewahrt man strengens Stillschweigen und lässt sich jetzt durchdringen, dass die deutschnationalen Partei nicht eher zu der Regierungsbildung Stellung nehmen wird, bis von Seiten der anderen Parteien an sie herangetreten werde. Die Begier einer Regierung des Bürgerblades behaupten, dass die gegenwärtige außenpolitische Lage es unbedingt erforderlich mache, von einer Rechtsorientierung der Regierungspolitik abzugehen, da sonst die Probleme der Auslandssiedlung und der Militärkontrolle den Charakter eines Streites um das Prestige annehmen werden, bei dem Deutschland möglicherweise gezwungen wäre, den Kürzeren zu ziehen. Zur Liquidierung der gegenwärtigen außenpolitischen Schwierigkeiten sei es unbedingt notwendig, und die

plikationen zu vermeiden, die dadurch eintreten müssten, wenn die gegenwärtige französische Regierung ihr Vorhaben damit rechtfertigen sollte, dass in Deutschland der realitätsnähere Anspruch geübt habe.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass es bei den bevorstehenden Regierungsbildungsverhandlungen gewisse Übereinkünfte geben wird, da die Entscheidung nach wie vor beim Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei liegt. Wenn diese beiden Parteien an ihrem bisherigen Standpunkt festhalten sollen, so würde man wahrscheinlich erzwungen sein, zur Bildung einer überparteilichen Regierung zu schreiten, die ausschließlich die Aufgabe haben würde, die genaue und dem Gleichgewicht geratene außenpolitische Situation wieder herzustellen und mit Unterstützung aller politisch gerichteten Kräfte den deutschen Standpunkt in der Räumungsfrage durchzusetzen. Im Hinblick auf die jetzt vorhandenen Schwierigkeiten wäre es sogar absolut wahrscheinlich, dass eine solche Regierung lediglich mit der Opposition der radikalen Parteien zu rechnen haben würde.

Die Sadgasse von Köln.

Nach dem Gründtag, mit gegebenen Gründen zu rechnen, hat die englische Außenpolitik zunächst möglichst engen Anschluss an den alten freundlich feindlichen Verbündeten Arleggençois Frankreich gefunden. Doch die Niederräumung der Kölner Zone das Ergebnis eines der üblichen in diesem Falle zwischen Herrschäften und Chamberlain ausgehandelten Handelsgeschäfts ist, durfte erstaunlich unerwartet mehr befehlte werden. Man redet auch beispielweise in offiziellen italienischen Zeitungen schon ganz öffentlich über den Preis, den Frankreich für seinen neuesten militärpolitischen Erfolg an England gezahlt hat. Frankreich scheint auf dem Wege der Gegensteigung zu einer wesentlichen Umformung des Geistesprotokolls bereit zu sein. Allerdings gewinnt man den Eindruck, dass England bei diesem Gescheit nicht ganz wohl ist. Scheint es doch, als ob beispielweise ein vermittelndes Eingreifen Amerikas in London durchaus ungern gesehen würde. Aufstallt in auf jeden Fall die Bevölkerung, mit welcher die Meldung über amerikanische Zahlungen eines offizieller Dementis seitens der Washingtoner Regierung immer wieder gerade in englischen Zeitungen auftaucht. Sehr lehrreich ist in dieser Richtung ein anschließender Bericht des Daily Telegraph, in welchem sehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, dass Amerika die die Londoner Konferenz zweimal vor dem Zusammenbruch gerettet habe und dass die Vereinigten Staaten also den Wert darauf legen müssten, dass die Früchte ihrer wirtschaftlichen Vermittlungstätigkeit nicht durch grobe Unverständnis gefährdet würden. Die sehr heftigen, an die Blättertagen der Poincarépolitik erinnernden Ausfälle in der französischen Kammer und die ganz unverblümte wieder hervortretende Schmiede Frankreichs nach dauernder Befreiung des linken Rheinufers dürfen ebenfalls auf die an sich einer Belebung verlängert durchaus nicht mit Begeisterung gegenüberstehende öffentliche Meinung Englands ungünstig wirken. Man fühlt sich ancheinend etwas in der Sadgasse. Daraus deutet nicht nur die Schwierigkeiten in der Formulierung der Börsenkonferenznoten sondern auch die Verhandlungensbemühungen, die von Rom her unternommen werden. Die Handelsvertragsabschreibungen zwischen Deutschland und Frankreich, die vorläufig wieder aufgenommen worden sind, bieten auch deutscherseits gewisse Belebungsmöglichkeiten, die nach der Kölner Entlastung auch von den janitischen Verständigungspolitern leichter nicht mehr weiteres von der Hand gewiesen werden.

Die Handelsvertragsabschreibungen zwischen Deutschland und Frankreich, die vorläufig wieder aufgenommen worden sind, bieten auch deutscherseits gewisse Belebungsmöglichkeiten, die nach der Kölner Entlastung auch von den janitischen Verständigungspolitern leichter nicht mehr weiteres von der Hand gewiesen werden.

Die Kölner gegen seine Vergewaltigung.
Ein Telegramm an den Reichskanzler.
Nördl. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtet an den Oberbürgermeister von Köln die Auflösung, den Stadtvorordneten Nördl. sobald wie möglich Gelegenheit zu geben, in einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ihren Einspruch gegen die Verlängerung der Besetzung und die Forderung auf baldige Niederräumung in die Welt zu rufen. Neben den Zeitpunkten dieser Sitzung ist noch nichts bekannt.

Der Oberbürgermeister hat im Auftrag des Reichskanzlers der Stadt und Landkreise des besetzten Gebietes an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Besetzung der ersten Zone über den 10. Januar hinweg Einspruch erhoben und die Reichsregierung dringend gebeten wird, mit allen Mitteln den ihr vertragsgemäß zufließenden Anspruch auf rechtzeitige Niederräumung der ersten Zone zur Geltung zu bringen.

Deutschland wird protestieren.

Berlin, 31. Dezember. Wie wir hören, wird die Reichsregierung auf jeden Fall nach dem Einspruch der Niederräumungen der interalliierten Besetzungsmächte gegen die Verlängerung der Besetzung der ersten Zone einstehen. Ein solcher Protest muss schon deshalb erfolgen, weil die Reichsregierung unter keinen Umständen zugeben kann, dass Deutschland seinen Abrüstungspflichten nicht nachgekommen sei, und weil die Notwendigkeit besteht, ein neues Diktat gegenüber Deutschland zu verhindern.

Wir glauben zu wissen, dass schon jetzt über Form und Inhalt des in Aussicht genommenen Protests vollkommene Starke besteht, und dass eine neue diplomatische Demarche schon in den nächsten Tagen in den alliierten Hauptstädten erfasst wird.